



# Post wird eine AG, aber keine Bank

**Der Ständerat** möchte, dass die Post eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft wird.

VON MICHAEL BRUNNER

**BERN** Die Post agiert in einem sich rasch wandelnden Umfeld. Einerseits werden wegen des Internets weniger Briefe verschickt. Andererseits wird der Postmarkt in Europa und der Schweiz liberalisiert (siehe Kasten). Damit die Post fit für diese Herausforderungen wird, passte der Ständerat gestern als Erstrat mit 23 zu 4 Stimmen ihre Struktur an. Dabei beschloss er folgende Neuerungen:

► **Aktiengesellschaft:** Unbestritten war, dass aus der öffentlich-rechtlichen Anstalt Post die spezialgesetzliche Aktiengesellschaft Post werden soll. Da sich der Bund gemäss Gesetz gleichzeitig die Aktienmehrheit sichert, ändert sich wenig an seiner Position als Eigentümer. Künftig soll die Post einerseits mit gleich langen Spiessen am freien Postmarkt auftreten – und hat andererseits den Auftrag, eine flächendeckende Grundversorgung sicherzustellen.

► **Keine Bank:** PostFinance wird zwar als Post-Tochtergesellschaft neu eine privatrechtliche Aktiengesellschaft, darf aber weiterhin keine richtige Bank sein. Verboten bleibt die Vergabe von Krediten und Hypotheken. Ein Antrag des Bündner CVP-Ständerates Theo Maissen wollte dieses Verbot aufheben, wurde aber deutlich mit 25 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Maissen wollte der Post Gewinne im Bankbereich ermöglichen, um die Grundversorgung zu finanzieren. Laut Postgesetz soll diese

Finanzierung aber über einen Fonds erfolgen. Die Gegner warnten vor den Risiken, denen sich die Post im Bankbereich aussetzen würde. Auch ein weniger weit gehender Antrag des Aargauer SVP-Ständerates Maximilian Reimann wurde mit 24 zu 8 Stimmen klar abge-

## Markttöfung Ein umstrittener Schritt

**BERN** Die Neuorganisation der Post hat vor allem einen Grund: Der Staatsbetrieb soll fit gemacht werden für den sich weiter öffnenden Postmarkt. Bereits vor einer Woche hat sich der Ständerat nämlich für die Aufhebung des Restmonopols auf Briefen von unter 50 Gramm ausgesprochen. Allerdings soll dieses Monopol erst ein Jahr nach Einführung des neuen Gesetzes fallen. Damit hätten dann alle Postanbieter praktisch gleich lange Spiesse. Den Grundversorgungsauftrag soll die Post künftig nicht mehr mit Monopolvereinen, sondern mittels eines Fonds, den alle Postanbieter speisen müssten, finanzieren.

Ob dieser Liberalisierungsschritt allerdings wirklich Tatsache wird, ist unklar. Gewerkschaften, Linke und Randregionen wehren sich mit Händen und Füssen. Sie fürchten eine Schwächung der Post und damit verbunden einen schlechteren Service public sowie Nachteile für die Postangestellten. Das Referendum ist daher bereits angedroht. Zuerst ist nun aber der Nationalrat am Zug. (mbr)

lehnt. Reimann wollte der Bank die Vergabe von Lombardkrediten (mit Wertpapieren als Sicherheit) ermöglichen. Das seien klare Bankgeschäfte, von denen die Post die Finger lassen müsste, sagte der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann. Damit hat der Ständerat einen früheren Entscheid bestätigt, wonach die Post eben nicht zu einer echten Bank werden soll.

► **Neue Mitarbeiterverträge:** Bisher waren Postmitarbeiter gemäss Bundespersonalgesetz angestellt und genossen damit die gleichen Privilegien wie die Mitarbeitenden der Bundesverwaltung. Neu ist wie bei privaten Unternehmen das Obligationenrecht für die Arbeitsverträge massgebend. Im Rat war dies nicht grundsätzlich bestritten. Die Waadtländer SP-Ständerätin Géraldine Savary beantragte aber, dass die Post verpflichtet werden soll, einen Gesamtarbeitsvertrag abzuschliessen. Sie befürchtete, dass ansonsten die Anstellungsbedingungen der Postmitarbeiter auf das Niveau der Konkurrenzfirmen gesenkt werden. Die deutliche bürgerliche Mehrheit (24 zu 9) glaubte hingegen, dass man Post und Gewerkschaften nicht zu einer Einigung zwingen kann.

► **Keine Steuerprivilegien:** Das Steuerprivileg der Post wird ebenso wie die Staatsgarantie gestrichen. Ein Antrag von CVP-Ständerat Maissen, wenigstens Dienstleistungen der Grundversorgung von der Mehrwertsteuer auszunehmen, wurde mit 21 zu 9 Stimmen abgelehnt.